

SOLIDARITÄT mit den Beschäftigten bei SIEMENS

Siemens, ein hoch profitables Unternehmen, plant die Schließung zahlreicher Standorte in Deutschland und die Entlassung tausender Beschäftigter. Die Fraktion **DIE LINKE** ist solidarisch mit den Beschäftigten im Kampf um den Erhalt ihrer Standorte und Arbeitsplätze und übermittelt neben der persönlichen Unterstützung durch Abgeordnete vor Ort in den Betrieben folgendes Solidaritätsschreiben:

Keine Standortschließungen Keine Entlassungen bei Siemens

Als wir mitbekamen, dass Siemens jetzt trotz Rekordgewinnen nochmals mehrere tausend Stellen abbauen will, blieb uns erst einmal die Spucke weg. Das Management hält es aber für nötig, die Gewinne auf euren Rücken noch mal weiter in die Höhe zu treiben. Wir halten es für richtig und bitter nötig, dass ihr für jeden einzelnen Arbeitsplatz auf die Straße geht und euch gegen diesen Frontalangriff des Managements wehrt. **DIE LINKE** steht dabei voll auf eurer Seite!

Siemens ist ein hochprofitables Unternehmen, der Gewinn lag im letzten Jahr bei über 6 Milliarden Euro. Auch der traditionsreiche Kraftwerksbereich hat zu diesem Gewinn beigetragen. Trotzdem will die Konzernleitung 6.900 von 30.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in dieser Sparte auf die Straße setzen.

Wir erwarten von Siemens, dass alle betriebsbedingten Kündigungen und Werksschließungen unterbleiben, wie es im übrigen mit der IG Metall vereinbart wurde. Es darf nicht sein, dass das viel beschworene Unternehmerrisiko allein den Beschäftigten aufgebürdet wird. Die Siemens-Bosse kennen offensichtlich nur eine Logik: die Gewinnmaximierung. Sie reden von Verantwortung für die Zukunft des Unternehmens. Doch sie haben keine Scheu, verantwortungslos gegenüber dem Lebensrisiko, dem Armutsrisiko und dem Zukunftsrisiko von tausenden Menschen und ihren Familien zu handeln.

DIE LINKE solidarisiert sich mit den Kolleginnen und Kollegen bei Siemens und ihrer Gewerkschaft IG Metall.

Wir werden weiter Druck auf die Bundesregierung machen, damit diese ihrer Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten nachkommt und endlich Druck auf die Konzernspitze ausübt, ihre Pläne zur Schließung von Werken und Massenentlassungen zu stoppen.